2019
jahresbericht

MEHR DEMOKRATIE

WIR WOLLTEN NICHT LÄNGER WARTEN...

Anfang November 2019 hat die Bundesregierung ihre Halbzeitbilanz vorgelegt. Seit März 2018 warten wir auf die im Koalitionsvertrag versprochene Expertenkommission, die Vorschläge für mehr Bürgerbeteiligung und die Einführung der direkten Demokratie auf Bundesebene machen soll. Die Warterei ist schwer auszuhalten. So sind wir mit dem Bürgerrat Demokratie schon einmal in Vorleistung gegangen. Der erste bundesweite aus den Einwohnermelderegistern geloste Bürgerrat war ein Wagnis, auch für Mehr Demokratie. Es ist geglückt. Die Resonanz in den Medien, der Zivilgesellschaft und der Politik ist enorm. Ein nächster Bürgerrat, diesmal zum Klima-Thema und hoffentlich offiziell von der Politik selbst beauftragt, wird bereits vorbereitet.

Wir können mit den Ergebnissen, auf die wir keinen Einfluss hatten, sehr zufrieden sein: Weit oben steht die Einführung bundesweiter Volksentscheide sowie die Verzahnung von Bürgerbeteiligung mit der direkten und der parlamentarischen Demokratie. Und nur so wird auch ein Schuh draus, mit dem wir uns auf den Weg machen, die wachsende Kluft zwischen Bürgern und Politik überwinden können.

Ohne die direkte Demokratie geht es nicht – das war auch unsere Antwort auf die Reformvorschläge, die Wirtschaftsminister Peter Altmaier im November gemacht hat: Verlängerung der Wahlperiode. Das ist nur diskutabel, wenn es mit der direkten Demokratie auf Bundesebene kompensiert wird. Auch die Bürgerbeteiligung braucht Verbindlichkeit und die Möglichkeit, notfalls direkt zu entscheiden, damit das, was die Bürger vortragen, ernst genommen wird.

Am 15. November wurden die Empfehlungen des Bürgerrats Demokratie als „Bürgergutachten“ an den Bundestagspräsidenten überreicht. In einer sehr würdigen Veranstaltung, begleitet von einer großen Kunstaktion mit hunderten von Menschen. Bis hierhin war das ein fulminanter und gelungener Prozess. Ein Wort fiel bei der Veranstaltung auffallend oft: Schublade. Die Gefahr, das Bürgergutachten könnte in irgendeiner Schublade verschwinden, sahen die Ausgelosten ebenso wie die Menschen aus der Politik.

Für Mehr Demokratie heißt es: Dranbleiben! Jetzt werden wir auf die Umsetzung drängen müssen. Ist die Regierung, die sich bisher nicht einmal auf eine Expertenkommission einigen konnte, jetzt wach? Gelingen interfraktionelle Initiativen? Kann das Bürgergutachten helfen, damit die Politik über den Koalitionsvertrag hinauswächst? Das wird uns 2020 beschäftigen – und mit Ihrer Hilfe können wir auch erfolgreich sein.

Und ob die Expertenkommission noch kommt …? Wir werden sehen.

Mehr zum Bürgergutachten
PS: Alle wichtigen Dokumente, Fotos und Filme zum Bürgerrat Demokratie finden Sie hier:
www.buergerrat.de/dokumentation/

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

BLITZLICHTER 2019

Neues Standardwerk: Volksabstimmungen in Europa

Mit „Volksabstimmungen in Europa“ legen Frank Rehmet, Tim Weber und Neelke Wagner ein Nachschlagewerk zu Volksentscheiden auf nationaler Ebene in Europa vor. 43 europäische Staaten wurden untersucht und mehr als 1.000 verbindliche Volksabstimmungen ausgewertet. Worüber wurde abgestimmt und mit welchen Ergebnissen? Welche unterschiedlichen Verfahren gibt es in welchen Ländern? Hier erfahren Sie es auf 200 Seiten.

Buch bestellen
www.mehr-demokratie-shop.de/Publikationen/Volksabstimmungen-in-Europa.html

Undemokratische Handelsverträge – Wir bleiben dran

Unter dem Motto „Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen“ war Mehr Demokratie auch 2019 aktiv und hat im Bündnis mit anderen fast 700.000 Unterschriften gesammelt, damit die EU Konzernen künftig keine Sonderklagerechte mehr einräumt. Gegen das EU-Singapur-Abkommen klagen wir gemeinsam mit foodwatch und Campact vor dem Verfassungsgericht. Das Abkommen steht exemplarisch für eine neue Art von Handelsverträgen, mit denen weitreichende Kompetenzen auf die Europäische Union übertragen würden.

Mehr Infos
www.mehr-demokratie.de/themen/stop-ttip-ceta-und-co/konzernklagen-stoppen/

Wahlrecht für Menschen unter 18 – Wir ziehen vors Verfassungsgericht

Gemeinsam mit 14 Jugendlichen ist Mehr Demokratie vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um das Wahlrecht für 16- und 17-Jährige durchzusetzen. Das soll mit einer Wahlprüfungsbeschwerde gegen die EU-Wahl erreicht werden. Denn: Das Wahlalter für die EU-Wahl steht – anders als das Wahlalter für die Bundestagswahl – nicht im Grundgesetz. 16- und 17-Jährige brauchen eine Stimme und sie sind fähig, diese auch für vernünftige Wahlentscheidungen zu nutzen. Prozessbevollmächtigte sind die Professoren Hermann Heußner und Arne Pautsch, die zum Kuratorium von Mehr Demokratie gehören.

Mehr Infos
www.mehr-demokratie.de/themen/wahlrecht/wahlpruefungsbeschwerde-wahlalter/

In die digitale Demokratie mit „Consul“

Mehr Demokratie bringt die Demokratie-Software „Consul“, die meistgenutzte digitale Partizipationsplattform weltweit, nach Deutschland. 120 Städte, u.a. New York, Madrid und Buenos Aires nutzen Consul. Detmold wird die erste deutsche Stadt, die sich der internationalen Community anschließt. München, Bautzen und Passau sind interessiert. Consul könnte die Standardsoftware für deutsche Kommunen werden, wir wollen mindestens 20 Städte überzeugen.

Mehr Infos
www.mehr-demokratie.de/themen/beteiligungs-software-consul/

WAS LÄUFT IN DEN LANDESVERBÄNDEN?

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Die rot-schwarze Landesregierung hat 2018 eine Volksbefragung zum Thema Wahlalter 16 erwogen. Mehr Demokratie hat darauf gedrängt, vor allem verbindliche Mitentscheidungsrechte wie fakultative und obligatorische Referenden einzuführen.

HAMBURG
Wir haben eine Volksinitiative für verbindliche Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in den Hamburger Bezirken gestartet, kämpfen gegen eine Verwässerung des Hamburger Transparenzgesetzes und unterstützen die Initiative Abstimmung21.

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Es gibt drei Initiativen im Land, die sich für Bürgerräte in ihrer Stadt stark machen.

BERLIN
Mit 33.000 Unterschriften haben wir die erste Stufe des Volksbegehrens für ein Transparenzgesetz erfolgreich gemeistert. Eine Reform für bessere Regelungen der Volksgesetzgebung wird wahrscheinlich in der ersten Jahreshälfte 2020 kommen.

BREMEN/NIEDERSACHSEN
In Bremen scheiterte das Volksbegehren zum Wahlrecht mit 4,5 Prozent knapp. Die Wahlen 2019 haben leider bestätigt: Der Einfluss der Wählenden auf die Zusammensetzung der Parlamente geht zurück. Für Niedersachsen ist erfreulich, dass elf Bürgerentscheide stattfanden.

THÜRINGEN
17 Forderungen für Reformen der direkten Demokratie und des Wahlrechts hat Mehr Demokratie vor der Thüringer Landtagswahl aufgestellt. Da das Land jetzt eine Minderheitsregierung hat, bietet sich die Chance, die direkte Demokratie zu stärken.

BRANDENBURG
Die neue Kenia-Koalition hat sich Demokratiereformen vorgenommen. So soll die Online-Eintragung bei Volksbegehren kommen und eine Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung geschaffen werden.

NORDRHEIN-WESTFALEN
Mit einem gemeinsamen Aufruf konnten wir fast 20.000 Unterschriften gegen die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen sammeln. Außerdem wurde die Möglichkeit der Vorprüfung bei Bürgerbegehren eingeführt, was maßgeblich auf das Wirken des Landesverbands zurückzuführen ist.

HESSEN
Auf Drängen von Mehr Demokratie wurden nach dem Verfassungsreferendum weitere Hürden der direkten Demokratie gesenkt. Das Einleitungsquorum ist halbiert, die Eintragungsfrist im Volksbegehren verlängert.

SACHSEN
Im vergleichsweise kleinen Landesverband hat sich die Situation stabilisiert. Es gibt einen geringen Mitgliederzuwachs und ab 2020 einen monatlichen Runden Tisch.

SAARLAND
Im Nachgang zum gescheiterten Volksbegehren G9 haben wir versucht, mit den im Landtag vertretenen Parteien ins Gespräch zu kommen, um über eine Verbesserung der Bedingungen für Volksabstimmungen zu sprechen. Die FDP hat reagiert und im Februar 2020 werden wir an einer Podiumsdiskussion der Liberalen Stiftung Saar teilnehmen.

RHEINLAND-PFALZ
An der Uni Mainz haben Andi Gross und Emanuel Richter zum Thema „Demokratie und Klima, geht da noch was?“ mit jungen Menschen diskutiert.

BAYERN
Wir haben die Demo „Ein Europa für Alle“ in München mit 20.000 Teilnehmenden mitinitiiert. Ausgelöst durch die von Mehr Demokratie mitherausgegebene Broschüre „Klimawandel von unten“ haben wir etliche Initiativen zum Thema Radwege beraten und begleiten deren Umsetzung weiter.

BADEN-WÜRTTEMBERG
2019 gab es mit „Rettet die Bienen“ das erste Volksbegehren in der Landesgeschichte Baden-Württembergs. Mehr Demokratie unterstützt zudem eine laufende Verfassungsklage für haushaltswirksame Volksbegehren.

Finanzbericht 2019 (ohne Landesverbände)

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
Kampagnen			
Aktionen, Kampagnen		-220.412	
Verfassungsbeschwerden, Handelsabkommen		-30.612	
Internationale Partner: NL, Belgien, Schweden		-42.500	
Reformarbeit		-74.921	
Weiterbildung, Fahrtkosten		-52.431	
Allianz für Gemeinnützigkeit, Gerechter Welthandel, Democracy International		-12.117	
Saldo			**-432.992 €**
Bürgerrat Demokratie	1.330.075	-1.189.508	**140.567 €**
Bürgerrat Klima	130.000	-55.280	**74.720 €**
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit			
Webseite, Gestaltung, Infomaterial, Personal, Pressekonferenzen etc.		-188.787	
Zeitschrift für direkte Demokratie	481	-63.396	
Saldo			**-251.703 €**
Verbandsinterne Demokratie			
Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Mitgliederurabstimmungen		-46.324	
Beiträge der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	2.092		
Saldo			**-44.232 €**
Bildung/Veranstaltungen			
Vorträge, Seminare, Beratung, Veranstaltung		-18.158	
Saldo			**-18.158 €**
Wissenschaft			
Bürgerentscheidsdatenbank,		-4.800	
Bürgerentscheids- und Volksentscheidsberichte, Rankings		-43.246	
			-48.046 €
Verwaltung			
Mitgliederverwaltung, Buchhaltung, Geschäftsführung		-124.516	
Datenbank, Datenschutz		-5.407	
Kostenerstattungen	12.092		
Bundesbürokosten		-76.565	
Saldo			**-194.395**
Fundraising, Werbekosten			
Fördererwerbung und Mailing Kosten		-162.397	
Gehälter, Spendenbescheinigungen		-141.165	
Beiträge	409.287		
Mailing Spenden	229.925		
Großspenden (ab 10.000.- Euro)	343.000		
Online- und sonstige Spenden	186.909		
Sonstige Einnahmen	7.130		
Saldo			**872.689 €**
Summe	2.650.991,35	-2.552.542,03	
Ergebnis 2019			98.449 €
Übertrag aus dem Jahr 2018			291.790 €
Kontostand 31.12.2019 Bundesverband			390.239 €

Impressum
Mehr Demokratie e.V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Telefon 07957-923 9050, Fax 07957-924 9992
info@mehr-demokratie.de

IBAN: DE 14 7002 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33MUE, Bank für Sozialwirtschaft

Bildnachweise
Titelfoto: Movik.de/Spectral Q;
S. 2, 2. Bild: Foodwatch/picture alliance/Uli Deck; 3. Bild: Jan Hagelstein
Wenn nicht anders angegeben, stammen die Fotos aus der Datenbank von Mehr Demokratie e.V.